

# Bauernverband setzt sich durch

**Trinkwasser** Der Nationalrat lehnt die beiden Pestizidinitiativen ab. Auch ein Gegenvorschlag bleibt chancenlos – weil sich FDP-Chefin Petra Güssi in ihrer Fraktion nicht durchsetzen konnte.

Stefan Häne und Philipp Loser

Es ist ein Schwenk mit Folgen. Noch in der vorberatenden Kommission hatten sich die Freisinnigen geschlossen für einen Gegenvorschlag zur Trinkwasserinitiative und der Initiative «Für eine Schweiz ohne Pestizide» eingesetzt. Gestern aber, nach total achtstündigem Schlagabtausch im Nationalrat, stimmten von der 33-köpfigen Fraktion nur deren 12 dafür, darunter FDP-Chefin Petra Güssi und Fraktionschef Beat Walti.

Damit erhielten die Gegner aus SVP sowie dem Grossteil der CVP und BDP die fehlenden Stimmen, um neben den beiden Initiativen auch die Option eines Gegenvorschlags zu versenken. Am Ende lautete das Resultat 111 zu 78 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Hätte die FDP-Fraktion so geschlossen wie SP, Grüne und Grünliberale votiert, wäre das Geschäft zurück in die Kommission gegangen – mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe auszuarbeiten. Dieser wäre rechtlich bindend – ein gewichtiger Unterschied zum Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, auf den der Bundesrat und die Bürgerlichen beim Kampf gegen Pestizide setzen.

Vergeblich hatten linke Parlamentarier an die FDP appelliert, die Willensäusserung der eigenen Parteibasis ernst zu nehmen. In der Klima- und Umweltumfrage, welche die FDP-Führung um Güssi im Frühling durchgeführt hatte, befürworteten zwei Drittel ein Verbot von Pestiziden in der Lebensmittelproduktion – eine Forderung, die deutlich weiter geht als ein etwaiger Gegenvorschlag. So aber, sagte Balthasar Glättli (Grüne) ernüchert, bleibe der von Güssi versprochene ökologischere Kurs der FDP, «wenn es konkret um Abstimmungen hier in Bundesbern geht, ein leeres Versprechen». Grünen-Präsidentin Regula Rytz sprach nach der Debatte gar von einem «Etikettenschwindel». Genau vor solcher Kritik graut es im Freisinn jene, welche die um-



Ein erster Sieg für die Bauern im Nationalrat: Das Parlament will keinen Gegenvorschlag zur Trinkwasserinitiative. Foto: Anthony Anex (Keystone)

weltpolitische Selbstfindung ihrer Partei im Wahljahr als Husarenritt bezeichnen: Die FDP lade ihre Gegner geradezu ein, auf ihr herumzuhacken.

## Korrektur im Ständerat?

Massgebend zum Schwenk beigetragen hatte FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois, seines Zeichens Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, der Initiativen sowie Gegenvorschlag dezidiert ablehnt. Dem Vernehmen nach hat Bourgeois die Fraktion mit einem pointierten Auftritt davon überzeugt, dass die Erarbeitung eines Gegenvorschlags zu einer einjährigen Unsicherheit führen und die Umsetzung des Aktionsplans in der Zwischenzeit erschweren würde.

Hinzugekommen sei, dass manch einem Freisinnigen das Thema nicht allzu wichtig sei, heisst es in der Partei.

Parteipräsidentin Güssi und Fraktionschef Walti hatten sich andere taktische Überlegungen gemacht. Bauernpräsident Markus Ritter spiele ein äusserst riskantes Spiel, sagte Walti. «Er setzt alles darauf, diese Abstimmung zu gewinnen.» Dabei wisse man doch, wie wichtig der Schweizer Bevölkerung das Trinkwasser sei. Mit einem indirekten Gegenvorschlag habe man dieses Risiko minimieren wollen. Der Fraktionschef hofft nun auf eine Korrektur im Ständerat.

Walti und Güssi lassen die Kritik von links-grün nicht gelten, der Schwenk in der Fraktion

bedeute eine Abkehr vom neuen grüneren Kurs im Freisinn. «Ein einzelnes Geschäft und ein grundsätzliches Positionspapier lassen sich nicht vergleichen», sagte Güssi. Zudem sei das Papier auch noch nicht von den Delegierten abgesegnet. Das soll diesen Samstag geschehen. Sagen die Delegierten Ja zum neuen Kurs, habe man in Zukunft ein stärkeres Argument in der Fraktion. «Unsere Delegiertenversammlung ist das höchste Organ der Partei.»

Die Niederlage von Güssi und Walti ist Markus Ritters Sieg. Der CVP-Nationalrat hat sich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Schon länger abgezeichnet hatte sich, dass der Nationalrat die Initiativen ablehnen wird. Er will

weder ein Verbot synthetischer Pestizide, noch will er nur noch jenen Bauern Direktzahlungen gewähren, die auf Pestizide und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz verzichten.

Wohl nächstes Jahr befindet das Stimmvolk über die Initiativen – noch bevor das Parlament über die nächste Agrarreform und damit weitere Massnahmen zur Pestizidreduktion entscheidet. Mit einem Gegenvorschlag, so Beat Jans (SP), würden die Versprechen des Bundesrates, die Gewässerverunreinigungen mit griffigen Massnahmen zu senken, vor und nicht nach der Volksabstimmung eingelöst. Es sei nun an der Bevölkerung, «ein Zeichen zum Schutz des Trinkwassers zu setzen».

Kommentar

## Die Bürgerlichen spielen mit dem Feuer

Die Schweiz hat ein Problem mit Pestiziden. Es braucht deshalb mehr Anstrengungen, um es zu lösen. Die beiden Pestizidinitiativen schiessen aber übers Ziel hinaus. Darin war sich der Nationalrat gestern weitgehend einig.

Die einzige richtige Antwort wäre ein Gegenvorschlag, der verbindliche Massnahmen zur Pestizidreduktion enthielte. Doch davon will die bürgerliche Mehrheit nichts wissen. Das liegt nicht zuletzt am Schwenk der FDP, die sich in der vorberatenden Kommission unter Führung von Petra Güssi noch für einen Gegenvorschlag eingesetzt hatte. Doch die Fraktion folgte Güssi mehrheitlich nicht – eine Schlappe für die FDP-Chefin, die ihrer Partei ein grüneres Profil geben will.

Die Bürgerlichen vertrauen lieber auf einen Aktionsplan, der rechtlich nicht bindend ist. Und auf Massnahmen im Rahmen der Agrarpolitik 2022, über die das Parlament nach der Volksabstimmung über die beiden Initiativen entscheidet. Es wirkt vor diesem Hintergrund unglaublich, wenn die Bürgerlichen versichern, das Problem ernsthaft anzugehen.

Der Verzicht auf einen Gegenvorschlag ist auch taktisch riskant: Die Initiativen erreichen in Umfragen hohe Zustimmungswerte, ein Gegenvorschlag würde ihre Erfolgschancen an der Urne wohl markant schmälern. Sollte die Bevölkerung die Begehren – oder eines davon – gutheissen, sind die Bürgerlichen selber schuld.

Stefan Häne

## Im Schweizer Obst und Gemüse sind mehr Pestizide als erwartet

Wie stark sind unsere Tomaten, Quitten und unser Trinkwasser durch Pflanzenschutzmittel belastet?

### Schweizer Bauern setzen bestimmt weniger Pestizide ein als solche im Ausland

Zumindest im Vergleich mit dem EU-Raum scheint dies nicht zu zutreffen. So sind dort viele Wirkstoffe verboten, die in der Schweiz zugelassen sind. Im aktuellen Jahresbericht des kantonalen Labors Zürich heisst es, dass von 185 einheimischen Früchte- und Gemüseproben 12 und 11,9 Prozent wegen Pestiziden beanstandet werden mussten. Bei Gemüse aus dem EU-Raum lag der Wert bei 7 Prozent; bei den Früchten bei 5 Prozent.

### Heisst das, wir essen weniger Chemie, wenn wir Obst und Gemüse aus Spanien oder Italien konsumieren?

Nicht unbedingt. In einem Fall von italienischen Pfirsichen stell-

te das Zürcher Labor überhöhte Werte von Chlorpyrifos fest. Dieses Insektizid ist in der Schweiz seit kurzem verboten, nachdem Wissenschaftler nachgewiesen haben, dass es auch das Immunsystem des Menschen schwächt und nicht nur Insekten tötet.

### Wie sieht es mit asiatischem Gemüse und Obst aus?

Sie weisen mit Abstand am meisten Pestizidwerte auf. Zumindest kommt das Zürcher Labor zu diesem Schluss. Von 225 Proben mussten 74 beanstandet werden. Etwa die Hälfte der gefundenen Wirkstoffe war in der Schweiz nicht zugelassen. In sechs Fällen waren die Hinweise sogar nachweislich gesundheitsschädigend. Beim betreffenden Gemüse handelte es sich um Senfkohl aus Thailand und Vietnam, Wolfs-

beeren aus China, Cherrytomaten und Quitten aus der Türkei.

### Wie gross ist der Einfluss von Pestiziden auf das Schweizer Grund- und Trinkwasser?

Die meisten eingesetzten Stoffe bauen sich innert kurzer Zeit ab. Dabei entstehen allerdings Metaboliten, auch Zwischenprodukte genannt. Über deren Wirkung ist noch wenig bekannt. Deshalb wird die Giftigkeit von diversen Pestiziden beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit erneut abgeklärt. Das Amt untersucht, ob die Metaboliten auf Mensch und Umwelt eine Wirkung haben. Trifft das zu, darf deren Menge pro Liter 0,1 Mikrogramm nicht übersteigen.

### Also reichen die Massnahmen des Bundes aus?

Schlüssig kann die Frage nicht beantwortet werden. Denn viele gültige Massnahmen enthält der Plan nicht. Es sind vielmehr mögliche Massnahmen für die Zukunft, die von diversen Bundesämtern noch abgeklärt werden sollen. Am konkretesten wird der Bund bei den Unkrautvernichtern. Ab 2020 werden diejenigen Bauern, die auf Herbizide verzichten und stattdessen Maschinen gegen Unkraut einsetzen, mit Direktzahlungen unterstützt.

### Wie stark ist unser Trinkwasser oder Grundwasser tatsächlich mit Pestiziden belastet?

80 Prozent des Trinkwassers bezieht die Schweiz aus dem Grundwasser. Und dieses Wasser wird von der sogenannten

Nationalen Grundwasserbeobachtung (Naqua) an 500 Messstellen auf die Qualitätsveränderungen untersucht. Nur: Die letzten Resultate wurden vor zehn Jahren publiziert. Im Herbst sollen die nächsten Messergebnisse veröffentlicht werden.

### Also wissen wir nicht, wie es aktuell um unser Trinkwasser steht?

Neben der eidgenössischen Untersuchung erarbeiten kantonale Labors ihre eigenen Jahresberichte zur Wasserqualität. Sie tun das teils noch detaillierter als die Naqua, weil sie auf kleinerem Raum mehr Messstellen kontrollieren. Grundsätzlich kommen die kantonalen Labors zum Ergebnis, dass die Wasserqualität in der Schweiz gut ist. Doch alle machen regionale Abstriche. So

stellte der Kanton Schaffhausen kürzlich einen erhöhten Wert der Metaboliten des Pflanzenschutzmittels Chlorothalonil fest. Der Wirkstoff verursacht an Menschen Haut- und Augenreizungen; in überhöhter Dosis hat er bei Experimenten an Ratten Krebs verursacht. Reagieren kann der Kanton allerdings nicht auf die überhöhten Werte, weil der Bund Chlorothalonil beziehungsweise dessen Metaboliten derzeit noch als zulässig klassifiziert. Dasselbe gilt für diverse andere Stoffe. Interessant wäre es, alle diese kantonalen Berichte zusammenzuziehen, um die Wasserqualität auf einen Blick beurteilen zu können. Diese Aufgabe hat allerdings noch niemand übernommen.

Barnaby Skinner